

Haushaltsrede Doppelhaushalt 2012/2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne

Seit nunmehr 10 Jahren darf ich die Haushaltsplanberatungen unserer Stadt als Fraktionsvorsitzender der SPD begleiten.

„Gute Zeiten-Schlechte Zeiten“, fällt mir dazu ein, wobei man geneigt ist zu überlegen, wann es zuletzt „Gute Zeiten“ gegeben hat.

Dass es aber keine ganz schlechten Zeiten sind, ist unserer vorausschauenden Haushaltspolitik zu verdanken, die frühzeitig auf der Basis der von der Verwaltung eingebrachten Haushalte mit entsprechenden Sicherungen dafür gesorgt hat, dass wir handlungsfähig geblieben sind und bleiben. Dabei haben die drei großen Fraktionen in diesem Rat gemeinsam gehandelt und entschieden, um mit den immer schwieriger werdenden finanzpolitischen Rahmenbedingungen umzugehen ohne große Abenteuer einzugehen.

Auf die SPD-Fraktion können sich Bürgerinnen und Bürger verlassen. Wir werden auch weiterhin frühzeitig und ehrlich über Belastungen - resultierend aus politischen Entscheidungen - informieren, dabei aber auch Gründe und Alternativen benennen. Das haben wir so gemacht bei der schmerzlichen Erhöhung der KiTa-Gebühren, bei den jüngsten Anhebungen der Gebühren und Eintrittsgelder aber auch bei Schließungen von Schulstandorten und Neustrukturierung von Kulturangeboten wie die Blues-Night.

Das gilt aber auch für positive Entwicklungen, wie z.B. unsere Lichtkunst und unser Radverkehrskonzept. Maßnahmen, die nur möglich sind, durch entsprechende Förderung und „kreativer Selbstbeteiligung“.

Diese Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ihnen zu sagen, was geht und was nicht geht, in „Guten“ wie in „Schlechten Zeiten“ ist selbstverständliche Verpflichtung unserer Fraktion auch dieser Stellungnahme zum Haushaltsplan 2012-2013.

Auf den ersten Blick ist dieser HH-plan eine „gute Sache“. Bergkamen steht relativ besser da als die meisten Nachbarkommunen. Die Planungen zeigen oberflächlich keine großen Verwerfungen und Risiken. Unsere Stadt gehört im Kreis Unna zu den beiden Städten mit einem genehmigten HH-Sicherungskonzept ist also ohne Nothaushalt und Überschuldung noch handlungsfähig.

Aber in adventlicher Zeit - in Zeiten der Finanz- und Eurokrise wo mit Billionen und Milliarden jongliert wird, wo Buchgeld und Fiktionen statt Visionen das Denken bestimmt, muss man schon auf einige Dinge hinweisen, denn vieles funktioniert nur zusammen, wie die Birnchen an alten Lichterketten: wenn ein Birnchen defekt ist, gehen die anderen aus.

Gestatten Sie mir, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, um der Klarheit willen, Zusammenhänge etwas „griffiger“ dazustellen.

Wir transferieren im Jahr 2012 mit der Kreisumlage eine Summe von rund 30 Mio Euro zum Kreis. Damit sind die Schlüsselzuweisungen von 30 Mio. für das Jahr 2012, um die im Rahmen des neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes so gestritten wird, weg.

Alternativ dazu könnte man auch sagen: unsere wichtigsten Erträge, die komplette Gewerbesteuer (14 Mio), Anteil an der Einkommensteuer (12 Mio) und der größte Teil der Grundsteuer B (5,7 Mio) fließen direkt zum Kreis nach Unna.

Der Landrat kann aber auch nicht so viel damit anfangen, denn 80% des Kreishaushalts sind notwendig für Sozialleistungen wie Kosten der Unterkunft, stationäre Hilfe zur Pflege und Grundsicherung im Alter. Dabei kann man sehen, dass die Beträge zur Sicherung der Sozialsysteme teilweise explosionsartig gestiegen sind.

Wir müssen also endlich auf demografische Entwicklungen aber auch auf die Entwicklung unserer Gesellschaft reagieren, und damit sind nicht die Kommunen gemeint als schwächstes und letztes Glied der Kette, sondern die Stützung der Solidarsysteme muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden.

Der Anfang ist gemacht. Die Kommunen können die schrittweise Übernahme der Soziallasten durch den Bund einplanen. Das **Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen** regelt die erste Stufe der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund. Ab 2014 wird der Bund diese Ausgaben voll übernehmen. Die Kreise in NRW können dann mit einer zusätzlichen Einnahme von rund 78 Mio € jährlich rechnen.

Die rot-grüne Landesregierung hat im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen weitere Entlastungen der Kommunen in NRW auf den Weg gebracht. Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 werden endlich die Finanzierungen der Soziallasten in den Kommunen an aktuelle Entwicklungen angepasst – Das ist ein weiterer Schritt zu mehr Gerechtigkeit auch wenn viele Städte und Gemeinden klagen - sie haben jahrelang mit einem Vorteil gelebt, weil die schwarz-gelbe Landesregierung das Problem bewusst ausgesessen hat. Für Bergkamen bedeutet das einen Zuwachs von 540 T€ in 2012 gegenüber 2011.

Neben der Erhöhung der Schlüsselzuweisungen gibt es auch mehr für Investitionen, für Schule, Bildung und Sport.

Dazu müssen aber weitere Entlastungen kommen, auch für die Eingliederung behinderter Menschen. Die SPD fordert die Entlastung von den Kosten der Eingliederungshilfe durch den Bund – für die Kommunen in NRW wären das 3,4 Mia. €. Daneben muss ein differenziertes bundesfinanziertes Leistungsgesetz für eine ausreichende materielle Versorgung behinderter Menschen sorgen.

Desweiteren muss es eine höhere Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft und eine Anschlussfinanzierung für die Schulsozialarbeit nach 2013 geben.

Zusammen mit der Umsetzung des sogenannten Kommunalmodells zur kommunenfreundlichen Ausrichtung der Gewerbesteuer und einer Grundsteuerreform kann die Finanzierung der Städte gerechter werden und dazu beitragen, dass Städte und Gemeinden wieder der Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung nachkommen können.

Liebe Zuhörer,

Wir müssen aber selbst auch einiges tun, um Soziallasten zu verringern und dabei Leistung nicht einschränken.

Ich werde mich bei den folgenden Aussagen und politischen Bewertungen im Rahmen dieses Haushaltes auf den Bereich Kinder, Jugend und Bildung beschränken, weil uns dieser Bereich bei allen Sparzwängen besonders wichtig ist.

Familien mit Kindern zu helfen, zu entlasten und für möglichst gute Lebensbedingungen zu sorgen ist unabdingbare Aufgabe unserer Stadt. Dazu gehört auch, die Entwicklungschancen und den Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen von der Kindertagesstätte bis zur möglichst differenzierten Schulausbildung stetig zu verbessern und den gesellschaftlichen Entwicklungen bei Berücksichtigung der gesetzlichen Rahmenbedingungen anzugleichen und zu optimieren.

Die Kosten für „Erzieherische Hilfen“ machen uns seit Jahren Sorgen. Die Fallzahlen in der Heimpflege und in der Familienpflege sind nicht nur bundes- und landesweit, sondern gerade in Bergkamen deutlich gestiegen. Der dafür im Haushalt vorgesehene Aufwand betrug 2005 = 3.344.000 € und 2010 = 6.078.000 €.

2009 wurde im Rahmen des HSK gegengesteuert mit dem Ziel, deutlich einzusparen ohne Qualitätsverlust. Der ASD wurde um insgesamt 3 Stellen verstärkt und durch eine Reihe von Maßnahmen konnten wir erreichen, dass die Bruttoausgaben im Bereich aller Erzieherischer Hilfen von 2010 nach 2011 um rd. 272.000 € gesunken sind. Die Maßnahmen greifen also, obwohl sie immer noch auf einem deutlich zu hohen Niveau sind.

Die Forderung der SPD-Fraktion ist, auf diesem Weg weiter zu verfahren und fachlich alle Maßnahmen auszuweiten und zu verfeinern.

Es muss eine gemeinsame Anstrengung sein, die betroffenen Familien so zu unterstützen, dass sie in ihren Familien bleiben können, um dort eine vernünftige Entwicklung zu nehmen.

Mit diesen Maßnahmen einhergehend, ist eine Aktualisierung des Kinder- und Jugendförderplanes dringend notwendig. Wir arbeiten z.Zt. noch mit dem Plan von 2007. Wir sind also durchaus in einem 5 Jahres Rhythmus, wenn die Verwaltung uns im nächsten Frühjahr den aktualisierten Entwurf vorlegt.

In dieser Fassung muss die Neuordnung der Kinder- und Jugendarbeit abgebildet werden – auch mit dem Wegfall der Stelle des Stadtjugendpflegers und einer neuen Organisationsstruktur im Rathaus. Die Planungen müssen u.a. reagieren auf eine Neuordnung der offenen Jugendarbeit in den städtischen Jugendheimen, die Nutzung dieser Einrichtungen durch Vereine, vor allem das veränderte Freizeitverhalten der jungen Menschen, aber auch auf Veränderungen von Strukturen am Nachmittag durch Ganztagsunterricht und Betreuungsangebote in Schulen und Kirchengemeinden.

Es muss eine Anpassung der klassischen Kinder- und Jugendarbeit vorgenommen werden, die Gegenwart berücksichtigt, und deren Ausrichtung zukunftsweisend ist.

Die SPD-Fraktion fordert, dass die Erstellung eines Kinder- und Jugendplanes künftig an den Rhythmus der Wahlperiode angepasst sein muss. Ende 2014 müsste dann ein aktualisierter Plan vorgelegt werden, um dann in den 5 Jahres-Rhythmus zu kommen.

In diesem Zusammenhang muss immer nach möglichen Einsparungen gesucht werden, ohne sinnvolle Strukturen zu zerschlagen – auch hier müssen wir mit den Aufwendungen runter - ohne Qualitätsverlust – daran wird der neue Kinder- und Jugendförderplan zu messen sein.

Kaum ein Bereich hat sich in den vergangenen Jahren so verändert wie der Elementarbereich.

Kleinkind-Betreuung unter 3 und die Entwicklung weg vom Kindergarten hin zu den Kindertagesstätten bzw. Familienzentren mit einem breit gefächerten Angebot machen dieses deutlich.

Seit 2006 mache ich an dieser Stelle immer wieder darauf aufmerksam, dass KiTa Arbeit sich qualitativ entwickelt hat, hin zu einer frühkindlichen Bildung. Für die Bildung ist das Land zuständig und nicht in erster Linie der städtische Haushalt oder der mehr oder weniger gut gefüllte Geldbeutel der Eltern.

Die CDU/FDP Landesregierung hat landeseinheitliche Elternbeiträge abgeschafft und den Kommunen die Gestaltung der Beiträge überlassen. Wie das bei Schwarz-Gelb so war, hat das dazu geführt, dass die Kluft zwischen armen Städten und Gemeinden und reichen Kommunen immer deutlicher wurde, weil gleichzeitig das Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren wegfiel – eine zusätzliche immense Belastung durch die Kommunen.

Die jetzige Rot-Grüne Landesregierung hat den Schritt gewagt, Verantwortung für Bildung auch im Elementarbereich zu übernehmen.

Im Sommer wurde die Entscheidung getroffen, dass das letzte KiTa-Jahr beitragsfrei bleiben soll. Die entsprechenden Einnahmeausfälle will das Land kompensieren.

Das Jugendamt bestätigt, dass Elternbeiträge für den letzten Jahrgang in Höhe von rund 350.000 € zu erwarten sind. Demgegenüber stehen die abschlagsweise gezahlten Landesleistungen, die nach dem gegenwärtigen Stand ein Volumen von 358.000 € ergeben werden. „Land-Rot-Grün“ hat Wort gehalten!

Positiv ausgedrückt – der HH 2012 wird durch die Beitragsfreiheit des letzten KiTa-Jahres nicht zusätzlich belastet. Es ist eine 1 : 1 Kompensation durch das Land – das war man bisher ja gar nicht gewohnt!

Begünstigt sind also ausschließlich die Eltern, nicht jedoch unsere Stadt was wir durchaus positiv sehen. Erwähnt werden müsste noch, dass **wir** auch die „Rumeierei“ um die Geschwisterermäßigung von Anfang an nicht mitgemacht haben. Die SPD-Fraktion ist umgehend tätig geworden, um die Geschwisterermäßigung zum Vorteil der jungen Familien beizubehalten.

An dieser Stelle sage ich noch einmal: Die Elternbeiträge für die Kita dürfen nicht steigen. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Von dem heimlichen Gedanken, kurzfristig zu geringeren Elternbeiträgen zusätzlich zu den Entlastungen des letzten KiTa-Jahres zu kommen müssen wir uns im Moment wohl verabschieden im Hinblick auf HSK und Haushalt.

Durch die jetzige Bevölkerungsstruktur wird für die jüngeren Jahrgänge immer noch ein Defizit für den Haushalt verbleiben, weil wir da auch nur Durchschnittswerte von 13% erreichen. Die vom Land im Rahmen der Refinanzierung vorgesehenen 19% an Elternbeiträgen bleibt für uns in Bergkamen eine Illusion.

Die Differenz macht mehrere Hunderttausend Euro aus, die bis 2005 durch das schon erwähnte Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren vom Land getragen wurde.

Eine Lösung wären die einheitlichen Beitragssätze wieder einzuführen und die entstehenden Haushaltslücken durch Landesmittel zu schließen.

Die SPD-Fraktion bleibt aber dabei: langfristig müssen die elementaren Bildungsstätten (und diese Vokabel ist bewusst gewählt) völlig beitragsfrei für Eltern sein, ein Beitrag zur Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung.

Die sogenannte von der CSU in`s Gespräch gebrachte sogenannte Herdprämie ist da kontraproduktiv. Ein „volkstümlich geprägtes heile Gänschen Familienbild“ ist für viele Familien hier bei uns nicht prägend.

Wir können doch nicht mit Steuergeldern gut ausgebaute Betreuungsplätze für unter 3-jährige zur Verfügung stellen – und anschließend nehmen wir die Steuergelder, damit die Familien ihre Kinder da nicht hinschicken – **das** Geld kann man besser in Bildung investieren, so dass es direkt beim Kind ankommt.

Bildung entscheidet heute mehr als je zuvor über Perspektiven in unserer Gesellschaft. Die Förderung der gesamten Persönlichkeit ist wichtig, um die Herausforderungen des demografischen Wandels und die zunehmend komplexer werdenden Probleme der Arbeitswelt zu meistern. Bildung ist die Schlüsselqualifikation zur Teilhabe an Werten in unserer Gesellschaft.

Die Vernetzung der Kinder- und Jugendarbeit, der Sozialarbeit, den kulturellen sowie vielfältigen außerschulischen Angeboten mit den Schulen ist eine besondere Herausforderung, die aber in unserer Stadt gut gelungen ist

Im Bildungsbereich sparen Bund und Land seit Jahren an falscher Stelle. Bei den Bildungsausgaben rangiert Deutschland im internationalen Vergleich weit hinten. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind die Investitionen in Bildung sogar zurück gegangen. Nur Tschechien und die Slowakei investieren weniger. Der SPD Bundesparteitag hat letzte Woche das Ziel unserer Partei formuliert: „Wir wollen, dass Deutschlands Bildungssystem wieder zur Spitzengruppe in der Welt gehört. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Bund und Länder ab sofort mehr in Bildung investieren!“

In NRW sind in den letzten Jahren auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit durchaus Fortschritte erzielt worden. Dennoch belegt NRW im Vergleich der Bildungssystem immer noch hintere Plätze.

Das kommt, weil immer wieder versucht wird, sinnvolle Projekte und Entwicklungen wie den Ausbau der Ganztagsbereiche, die Initiative zur individuellen Förderung und der Inklusion möglichst für das Land kostenneutral zu gestalten. D.H. die Zeche zahlen die Schulen mit schlechten Rahmenbedingungen und die Kommunen mit Kostenübernahme für Aufgaben, die sie eigentlich nicht bezahlen dürften.

Dabei ist Bildung in den Kommunen mehr als Schule. Der Anspruch bürgernaher, sozialdemokratischer Kommunal- und Bildungspolitik für alle zu organisieren, ist unser Ziel und unsere Verantwortung gleichermaßen. Dabei interessiert den Bürger vor Ort erst einmal nicht, wer für die konkreten Bildungsangebote vor Ort zuständig ist, das Land oder die Kommune.

Laut § 79 SchulG NRW sind die Schulträger verpflichtet, die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Schulanlagen, Gebäude, Einrichtungen und Lehrmittel bereitzustellen und zu

unterhalten sowie das für die Schulverwaltung notwendige Personal und eine am allgemeinen Stand der Technik und Informationstechnologie orientierte Sachausstattung zur Verfügung zu stellen.

Das ist dem Schulträger Bergkamen immer großartig gelungen. Bei den durchgeführten Qualitätsanalysen bei der auch die dem Schulträger zuzuordnenden Segmente geprüft und analysiert werden, erhalten wir regelmäßig Bestnoten – und das trotz knapper – zu knapper - Zuweisungen vom Land.

Das will ich einmal verdeutlichen. In diesem HH-Entwurf zugrunde liegenden Berechnung sind Schlüsselzuweisungen in Höhe von 29,9 Mio. € enthalten. Hätte Bergkamen keine Schülerinnen und Schüler, gäbe es nur 25,7 Mio. € an Schlüsselzuweisungen, d.h. aufgrund der Tatsache, dass die Stadt Bergkamen Träger von 9 Grundschulen, einer Hauptschule, zwei Realschulen, einer Gesamtschule, eines Gymnasiums und einer Förderschule ist, werden vom Land immerhin noch 4,2 Mio. € gezahlt.

Zählt man die großen Aufwandsblöcke für Personal, Gebäude und Schülerbeförderung zusammen, so kommt man schnell auf rund 5 Mio. €. an Aufwendungen. Dazu kommen die großen Kosten, die den Schülern direkt zuzuordnen sind, wie Unterrichtsmittel und Aufwendungen für Schulbücher von insgesamt für 2012 von rund 400 T€.

Zusammengenommen sind die 4,2 Mio. € an Schlüsselzuweisungen des Landes lange nicht ausreichend, um alle Aufwendungen auszugleichen.

Nicht berücksichtigt dabei sind die zum Teil drastischen Entwicklungen im Schulbereich, die von den jeweiligen Landesregierungen auf den Weg gebracht worden sind – die aber nicht gedeckte Kosten enthalten. Zu erwähnen wäre hier die Ausweitung der Ganztagsbereiche mit den verschiedenen Facetten – in Bergkamen hervorragend und bedarfsgerecht eingesetzt – aber das kostet weiteres Geld z. B. versteckte Sach- und Personalkosten. Die Ausweitung des gesamten IT- Bereichs in der Verwaltung und für den unmittelbaren Unterricht zieht immense Sachkosten nach sich: Kosten für Software, für Patronen und Papier.

Ein Zeugnisprogramm kann schnell `mal 2000 € kosten. Damit wäre der gesamte Budgetbereich für alle Unterrichtsmittel, Bürobedarf, Kopien, Tinte und Papier für ein Jahr weg!

Für Bücher ist die Zuweisung des Landes für den Schulträger seit 1989 nicht erhöht worden. Während dieser Zeit erhöhte sich der Preis für Schulbücher um 50%. Bei Einführung neuer Richtlinien und Lehrpläne und daraus folgend neuer Unterrichtswerke sind schnell 5000 € überzogen!!!! – wohlgemerkt pro Schule!! Das liegt nicht am Schulträger! Das Land hat einfach die Schlüsselzuweisungen nicht erhöht! Die zusätzlichen Kosten hat der Schulträger – also wir, die Fördervereine, Sponsoren, Lehrer und die Eltern zu tragen.

Aber so kann's nicht weitergehen. Auch hier sind strukturschwache Städte wie wir im absoluten Nachteil. Deshalb wird die Neuausrichtung des Gemeindefinanzierungsgesetzes - wie eben beschrieben - immer noch nicht ausreichen. – Die Entwicklung muss weitergehen, hin zu mehr Finanzierungsgerechtigkeit.

Vor diesem Hintergrund ist es eine unglaubliche Leistung des Schulverwaltungsamtes mit dem Schuldezernenten, dass wir mit den Schulgebäuden, der Einrichtung und der Ausstattung unserer Schulen auch im Vergleich zu den Nachbarkommunen so gut dastehen – und Sie können mir glauben, ich spreche mit vielen Fachleuten im Kreis.

Meine Damen und Herren,

Wenn Bildung als Ganzes in einem Netzwerk von der frühkindlichen Erziehung bis zum erwachsenen Menschen nicht gelingt, sind es die Kommunen, die die Sozialleistungen und die gesellschaftlichen Probleme zu tragen haben. Wenn Menschen materiell, geistig und kulturell verarmen, werden die sozialen Probleme größer.

Ein umfassendes kommunales Bildungsangebot ist daher für unsere Stadt unerlässlich.

Deshalb gestatten Sie mir hier zu erwähnen, dass die sogenannten Einrichtungen unserer Stadt: Musikschule, Stadtbibliothek, Stadtmuseum und Volkshochschule im Jahr 2012 mit 1.684.649 € subventioniert werden. Und jegliche Diskussionen um Gebührenerhöhungen müssen immer vor der Kulisse des HSK und mit der Frage geführt werden: Wer bezahlt! Kosten neutrale Lösungen gibt es hier nicht – und die, die sonst auch bezahlen – die Durchschnittsverdiener – dürfen nicht über Gebühr durch Gebühr belastet werden.

Hier gibt es, wie in vielen Bereichen des Lebens, keinen Genuss ohne Reue. Senkung des Aufwandes und Erhöhung des Ertrags durch Entgelterhöhungen sind notwendig, damit wir handlungsfähig bleiben.

Zu diesem Netzwerk „Bildung“ gehört auch die Beleuchtung der **Ausbildungssituation**. In diesem Bereich sind ebenfalls durchaus Fortschritte erzielt worden.

Der Anteil der Schüler ohne Ausbildungsreife war vor 10 Jahren höher als heute. Ein großer Anteil von Jugendlichen scheiterte damals bei den Abschlussprüfungen der Berufsausbildungen aber ein geringerer Anteil erreichte an beruflichen Schulen eine Zugangsberechtigung von Hochschulen. So haben diese Fortschritte in den letzten Jahren zum Wachstum beigetragen.

Trotzdem ist der Begriff „Fachkräftemangel“ heute täglich zu lesen und zu hören. Deutschlandweit beklagen Betriebe das Problem, gut ausgebildetes Personal zu finden. Über die Gründe gibt es viele Untersuchungen – wir als Stadt Bergkamen können die Probleme nicht lösen, sondern wir müssen im Rahmen unseres Personalkonzeptes damit umgehen und für uns gucken, dass wir ausbilden.

Wie in den vergangenen Jahren ist auch in diesem Jahr, insbesondere von der CDU-Fraktion die Forderung gekommen, über Bedarf auszubilden. Bezüglich der einzelnen Sparten hat die Verwaltung in ihrer Vorlage dazu ausführlich Stellung genommen.

Für die SPD-Fraktion steht fest, dass die Kommunen nicht in der Ausbildung an Stelle der Privatwirtschaft treten können, das gilt sowohl für die Büroberufe als auch für die gewerblichen Berufe. Unsere Möglichkeiten sind da stark eingeschränkt. Da muss die Wirtschaft schon selbst Geld in die Hand nehmen und ausbilden. Ausbildung kostet Geld. Bei einem Ausbildungsplatz sprechen wir von 70.000 € bis 80.000 €.

Insbesondere bei den gewerblichen Berufen ist festzuhalten, dass es auch an entsprechender Nachfrage fehlt. So haben sich z.B. auf die ausgeschriebene Ausbildungsstelle für einen Gärtner, lediglich 8 Bergkamenerinnen / Bergkamener gemeldet, von denen max. 5 aufgrund ihrer Qualifikation für eine Ausbildung in Frage kommen.

Über den Sinn, über Bedarf im Bereich Bachelor bzw. Verwaltungsfachangestellte auszubilden, ist hinreichend berichtet und diskutiert worden. Speziell bei der Bachelor-Ausbildung ist es so, dass

Auszubildende, die sich in der Kommunalverwaltung zum Bachelor ausbilden lassen, um anschl. möglicherweise Jura zu studieren, zwei Jahre verlieren. Also sicherlich kein Weg, den man jungen Leuten empfehlen kann.

Die SPD-Fraktion stützt in dieser Frage nach wie vor die Meinung der Verwaltung.

Übrigens bilden aufgrund einer Umfrage inzwischen die weit überwiegende Zahl der Kommunen im Kreis Unna nur noch bedarfsorientiert aus, weil auch das zur Ehrlichkeit dazu gehört, den jungen Leuten zu sagen – dass die Chancen einen Arbeitsplatz außerhalb der ausbildenden Verwaltung zu finden, gering sind.

Trotzdem fordert die SPD-Fraktion die Verwaltung nochmals auf, hinsichtlich möglicher **neuer** Ausbildungsberufe hier insbesondere im Bereich „Datenverarbeitung“, „Sozialarbeit“ sowie im „Abwasserbereich“, für die Zukunft Ausbildungsmöglichkeiten zu prüfen.

Die Ausbildung in Kindertagesstätten findet statt – das wird oft vergessen. Unsere Stadt stellt dazu drei Stellen im Stellenplan zur Verfügung für den praktischen Teil. Die Ausbildung zur Erzieherin/Erzieher selbst findet an den Schulen für Sozial- und Gesundheitswesen statt.

Meine Damen und Herren,

kommen wir nun zu den im Haushalt fest geschriebenen Haushaltssicherungsmaßnahmen.

Bereits vor 2 Jahren haben wir ja eine Vielzahl von HSK-Maßnahmen beschlossen, die wir nun nach und nach abarbeiten – und die immer wieder auf's Neue zu Diskussionen im Rat führen. Auch das nützt nicht's – wir müssen da durch.

Aber wie sagt der große Philosoph Lothar Matthäus: Wir dürfen den Sand nicht in den Kopf stecken.

Fünf neue von der Verwaltung gemachte Vorschläge sind von der Verwaltung eingebracht, so dass im Jahr 2016 erstmalig die Erträge die Aufwendungen übersteigen und kein Eigenkapitalverzehr mehr stattfindet.

Alle Maßnahmen werden von der SPD-Fraktion mitgetragen. Das gilt auch für die von unseren Bürgerinnen und Bürgern zu entrichtenden Steuern.

Der Hebesatz für die Grundsteuer A bleibt in 2012/2013 unverändert.

Das gilt vom Ansatz her auch für die Grundsteuer B. Ab dem Jahr 2013 (nicht ab 2012!) steigt aber der Hebesatz von 435 auf 465 v.H. mit der neuen Maßnahme, dass die Finanzierung des Aufwandes für die Straßenreinigung einschließlich des Winterdienstes enthalten ist. Nach unserer Meinung ist diese jetzt neue Möglichkeit eine Maßnahme mit dem Blick auf mehr Abgaben- und Steuergerechtigkeit. Den Prüfauftrag dazu haben wir eben unter TOP 21 auf den Weg gegeben. Wir werden also noch entscheiden müssen.

Die Gewerbesteuer nach fast 10 Jahren wie vorgesehen ab 2012 zu erhöhen, ist zwar nicht schön – aber notwendig – mit 4,4% sind wir noch unterhalb der kumulierten Preisentwicklung.

Damit komme ich zu den **personalwirtschaftlichen Maßnahmen** im Haushaltssicherungskonzept.

Einen Ausflug in die ethnologische Historie Amerikas und die besonderen Auswirkungen auf die Führungsstruktur unserer Verwaltung erspare ich mir: Häuptlinge und Indianer gibt's in Bergkamen nicht. Auch gibt es da durchaus Unterschiede zumindest in der Hierarchie und in der Dienstkleidung. Der Vergleich hinkt auch, weil die SPD natürlich guckt, dass wir bald auch weibliche Führungskräfte haben sollten – und „Häuptlinginnen“ gab's wohl nicht!

Die Diskussion um die Organisation unserer Verwaltung allerdings ist zum **jetzigen Zeitpunkt** richtig – und Sie können sicher sein meine Kolleginnen und Kollegen: Personalentwicklungsmöglichkeiten in unserer Verwaltung waren und sind ständiges Thema in unserer Fraktion – nur diskutieren wir sowas nicht in der Presse.

Gegenüber dem vor zwei Jahren beschlossenen Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergkamen sind in dem Konzept, welches heute zur Beschlussfassung vorliegt, drei personalwirtschaftliche Maßnahmen neu aufgenommen worden. Dabei kommt naturgemäß der vorgeschlagene Wegfall einer Beigeordnetenstelle und einer Amtsleiterstelle im Jahre 2014 große Bedeutung zu.

Die SPD-Fraktion wird diesen beiden Maßnahmen zustimmen, weil sie der Überzeugung ist, dass durch entsprechende Umorganisationen in der Verwaltung, die Stellen kompensiert werden können, ohne dass ein Leistungsverlust unserer Stadtverwaltung eintritt.

Pensionierungen auch auf der Führungsebene sollen dazu genutzt werden, den Einsatz von Personal zu optimieren und durch eine andere Organisationsstruktur den gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Dabei verweise ich auf die von mir eben gemachten Anmerkungen zum Netzwerk Bildung mit der Verknüpfung von Bildung und Jugend.

Die von Bürgermeister Roland Schäfer in unserer Klausurtagung vorgelegten möglichen Modelle machen dies` unserer Auffassung nach überaus deutlich.

Der Wegfall von zwei Schulsekretärinnenstellen ist aufgrund der Schulschließung nur eine logische Folge.

Grundsätzlich haben die letzten beiden Jahre gezeigt, dass personalwirtschaftliche Maßnahmen ein erheblicher Bestandteil der Haushaltskonsolidierung sind, wenn sie denn, und das ist in den letzten Jahren erfolgt, konsequent durchgeführt werden. Dies gilt ebenso für den Zeitraum bis 2016.

Mit rd. 2,5 Mio. EUR ist der Anteil der personalwirtschaftlichen Maßnahmen am gesamten Haushaltssicherungskonzept bedeutend und schafft damit zum wesentlichen Teil die Voraussetzungen dafür, dass unsere Stadt nach wie vor handlungsfähig bleibt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

Gestatten Sie mir an dieser Stelle dann sofort einige Bemerkungen zum Stellenplan zu machen.

Der Stellenplan ist im Wesentlichen Ausfluss des vor zwei Jahren beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes, d.h., eine Vielzahl von Stellen, die durch den Stellenplan 2012/2013 wegfallen, sind bereits vor zwei Jahren beschlossen worden. Und da hilft auch nichts, wenn die Kolleginnen und Kollegen der CDU bemängeln, dass über den Jugendhilfeplan noch beschlossen werden muss. Tatsache ist, dass sie der Streichung der Stelle des Stadtjugendpflegers bereits durch das Haushaltskonzept 2010/2011 zugestimmt haben – was auch jetzt noch vernünftig ist.

Denn wie im Falle der Beigeordneten und der Amtsleiterstelle setzen wir auf die Kreativität unserer Verwaltung und sind überzeugt, dass durch den noch vorzulegenden Kinder und Jugendförderplan Möglichkeiten aufgezeigt werden können, die gute Jugendarbeit in Bergkamen zukunftsfähig fortzuführen.

Diese Stellenstreichungen sind übrigens, außer die im HSK 2010/2011 beschlossenen, ausschließlich Stellen, die aufgrund von durchgeführten Arbeitsuntersuchungen nicht mehr benötigt werden. Aber nicht nur Stellenstreichungen sind die Folge des heute zu beschließenden Stellenplanes.

Nein, durch den neuen Stellenplan werden insbesondere im Bereich Jugend- und Familienpflege neue Stellen geschaffen, teilweise sogar über den durch das Gemeindeprüfungsamt festgestellten Rahmen hinaus.

Wenn man den Stellenplan 2012/2013 isoliert betrachtet, also getrennt sieht von den bereits vor zwei Jahren beschlossenen Haushaltssicherungsmaßnahmen, so sind Stellenneuschaffungen und Stellenstreichungen kostenneutral. Insgesamt werden jedoch durch den Stellenplan 2012/2013 rd. 350.000,00 EUR Personalkosten eingespart. Dass dies für die Handlungsfähigkeit der Stadt wichtig und notwendig ist, habe ich bereits bei meiner Aussage zum Haushaltssicherungskonzept unterstrichen.

Zusammenfassend sage ich: Die SPD-Fraktion sieht durch den vorgelegten Stellenplan zum einen die finanzielle Konsolidierung im Bereich der Personalkosten gewährleistet, zum anderen werden notwendige Stellen geschaffen, um dort wo es notwendig ist, zusätzliche Kapazitäten aufzubauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

in sehr freiem Zitat darf ich Rolf Töpperwien erwähnen: „Die Investitionen sind überlebens**wichtig** für die Stadt“

Neben den bereits mit dem vorherigen Haushaltsplan beschlossenen Investitionen belegen die fünf neuen Maßnahmen den nach wie vor vorhandenen Handlungsspielraum unserer Stadt. Nennen möchte ich nur die neuen Maßnahmen in Verbindung mit einigen Beträgen aus den verschiedenen Produktbereichen:

- | | | |
|--|------|--------|
| • Erweiterung des Bürgerbüros | 2012 | 50 T€ |
| • Ausbau Schulsportübungsplatz Gymnasium | 2012 | 220 T€ |
| • Errichtung eines Aufenthaltsraumes Mensa Gymn. | 2012 | 70 T€ |
| • Baumaßn. für U 3- Plätze (Mikado, Tausfüßl.) | 2012 | 765 T€ |

Maßnahmen für insgesamt 1.1 Mio €

Dazu kommen die Investitionen im Produktbereich

Innere Verwaltung	783 T€
Schulträgeraufgaben	1.094 T€
Kinder-, Jugend- u. Fam. hilfe	811 T€
Verkehrsflächen , ÖPNV	333 T€
Wirtschaft u. Touristik	1.947 T€ auch das sind hier noch mal 5 Mio €

Rechnet man die Investitionen im Bereich des S E B von rd. **11 Mio. €** dazu, dann fließen insgesamt **rund 17 Mio Invest in die Region** – das ist dringend notwendig für die Struktur unserer Stadt.

Noch mehr wäre möglich, wenn die beabsichtigten Steuergeschenke der schwarz-gelben Bundesregierung nicht wären. Zu unsicher sind die konjunkturellen Aussichten, und zu hoch unsere Schulden – da ist kein Spielraum für zweifelhafte Wohltaten, nur um die ein oder andere Wählerstimme zu ködern - oder um im Weihnachtsbild zu bleiben – Wunderkerzen brennen schön - aber kurz - stinken dann - und sind schnell vergessen außer sie machen Löcher in die Tischdecke.

Anstatt Steuererleichterungen von der vielleicht 10 € für den ein oder anderen im Monat übrig bleibt, wäre sicherlich ein Konjunkturpaket III für Investitionen der Städte und Gemeinden besser gewesen. Ein KP III hätte unsere Nettokreditaufnahme spürbar positiv beeinflusst.

Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht – man muss sich nur unsere Schulen und Sportstätten angucken – oder den Energiebericht aufmerksam lesen. Der heimischen Wirtschaft hat's auch gut getan!

Dieser HH-plan lässt aber auch noch Luft für Kultur und Kunst, für Feiern, Spaß und Events, für Förderung unserer Vereine, für die Entwicklung des Tourismus und für die Stärkung des Ehrenamtes ohne das vieles nicht möglich wäre – kurz: wir bleiben handlungsfähig – und meine Kolleginnen und Kollegen im Rat – wir dürfen noch richtig `was beschließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

erlauben Sie mir an dieser Stelle zu den Anträgen der anderen Fraktionen in Gänze Stellung zu nehmen und unser Abstimmungsverhalten darzustellen und zu begründen.

Zuerst der CDU-Antrag auf Ablehnung der Radstation.

Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass mit den beiden Haushaltspositionen in 2012 und 2013 (50T€ / 100 T€) ein weiterer Baustein als „Fahrradfreundliche Stadt“ gesetzt worden ist. Es handelt sich aber um einen finanziellen Platzhalter – wenn ich es einmal so ausdrücken darf – einen Platzhalter für den Fall der Bezuschussung in Form von Fördergeldern durch das Land NW. Dabei sind

- noch die Rahmenbedingungen für einen Förderantrag abuarbeiten,
- müssen die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Betrieb geschaffen werden
- und so unser Vorschlag sollte die Machbarkeit und die Annahme durch einen Probebetrieb ermittelt werden.

Ganz wichtig, bei aller Freude und Zustimmung zu einer solchen Anlage, muss der Investition auch ein konkretes Nutzerpotential gegenüberstehen, was Voraussetzung für ein Nutzungskonzept und damit für die konkreten Planungen sein muss. Zu kalkulieren sind zwingend auch die Folgekosten.

Als Voraussetzung für einen Förderantrag muss natürlich ein Durchführungsbeschluss unter Beteiligung der Ausschüsse durch den Rat erfolgen.

Wir werden den Antrag der CDU auf Streichung der HH-positionen somit ablehnen, weil er unserer Forderung nach einer modernen Stadtentwicklung - hier dem Aspekt Radfahrverkehrsentwicklung - entgegensteht.

Der Antrag der Fraktion Grüne/GAL, dass die Verwaltung eine qualifizierte Vorlage über die maximal zulässige Besteuerung der Gewinne bei Spielautomaten erstellt, wird unterstützt.

Aufgrund dieser Vorlage kann sich sinnvollerweise dieser Rat aufgrund der dann vorhandenen Informationen mit einer evtl. Besteuerung auseinandersetzen.

Damit komme ich zu den FDP-Anträgen:

Der Antrag zur **Prüfung interkommunaler Zusammenarbeit bei den familienergänzenden und familienersetzenden Maßnahmen im Jugendbereich** ist auf den ersten Blick sinnvoll. Auf den zweiten Blick überflüssig, weil schon seit vielen Jahren eine intensive interkommunale Zusammenarbeit der Jugendämter des Kreises Unna und der Stadt Hamm besteht. In diesem Rahmen ist ein „Arbeitskreis der Pflegekinderdienste und Adoptionsvermittlungsstellen des Kreises Unna und der Stadt Hamm“ eingerichtet. Dieser Arbeitskreis tagt etwa ¼-jährlich. Dort tauschen sich die Fachleute aus den Jugendämtern über die Angebots- und Nachfragesituation hinsichtlich Pflegefamilien und Kindern aus. Darin einbezogen ist natürlich auch die Stadt Fröndenberg, und zwar über das Kreisjugendamt, das für Fröndenberg zuständig ist. Zurzeit betreut der Pflegekinderdienst der Stadt Bergkamen 78 Fälle, davon sind 26 Kinder an Pflegefamilien in andere Städte vermittelt. Das Problem besteht nicht in der Kooperation, sondern darin, dass die Anzahl der in Betracht kommenden Pflegefamilien nicht unendlich ist und zum anderen die Profile der zu vermittelnden Kinder und der Pflegefamilien passen müssen, um den gewünschten pädagogischen Erfolg erreichen zu können.

Ich biete Ihnen an, dass wir Ihren Antrag zur Kenntnis nehmen und die Aktivitäten des Jugendamtes zum Thema „interkommunaler Zusammenarbeit“ im Jugendhilfeausschuss darstellen lassen.

D.h. wir verweisen Ihren Antrag an den Jugendhilfeausschuss und halten das im Protokoll fest. Wenn Sie damit nicht einverstanden sind, wird die SPD-Fraktion heute ihren Antrag ablehnen.

Abgelehnt werden muss von uns auch der Antrag der **FDP-Fraktion, einen Gutachter mit der Prüfung der Einsparpotentiale im Haushalt** zu beauftragen. Den Antrag haben Sie in ähnlicher Form schon vor zwei Jahren gestellt und wir haben abgelehnt. Das tun wir auch heute aus mehreren Gründen:

Die Verwaltung und die finanzielle Struktur des Kreises sind mit der unseren überhaupt nicht zu vergleichen. Wir sind politisch und in der Verwaltung völlig anders aufgestellt. Darüber hinaus haben wir schon seit **15 Jahren** damit begonnen, Haushaltssicherungen zu installieren und nachhaltige Konzepte umzusetzen, der Kreis machte erst jetzt Erfahrungen damit. So sind in unserem Haushaltssicherungskonzept Einsparungen von 17 Mio. € bis 2016 abgebildet – einen Großteil dieser Maßnahmen hätte kein externer Gutachter plausibel darstellen können. Wir beauftragen Gutachter gezielt zu Einzelmaßnahmen, wenn es uns sinnvoll erscheint. Die SPD-Fraktion ist davon überzeugt, dass unsere Verwaltung über genügend Erfahrung aber auch strukturelles Wissen verfügt, um unsere sinnvollen Einsparpotentiale darzustellen.

Damit komme ich zu den Anträgen von „BergAuf“. Diese erreichten uns am Dienstag, dem 13.12.. Liebe Kollegen von der Fraktion „BergAuf“ Sie können doch nicht meinen, dass wir mit unserer großen Fraktion diese Anträge noch ernsthaft hätten beraten können. Ich finde das ist zum wiederholten Mal eine Missachtung der Arbeit dieses Rates und seiner Ausschüsse, an denen sie ja oft nicht teilnehmen. Aber liebe Kollegen von BergAuf, ich nehme Sie natürlich Ernst, wo es möglich ist. Aber beim genauen Hinsehen war es eben nicht immer möglich.

Um es kurz und zusammenfassend zu sagen, wir werden alle Anträge ablehnen. Es sind weitere Stationen bei Ihrer finanzpolitischen Geisterfahrt, auf die Sie sich schon seit Jahren begeben befinden.

Trotzdem lassen Sie mich zugegebener Maßen in aller Kürze unsere Ablehnung begründen.

Die **Feinstaubmessenanlage** hat der Rat am 20.9.2007 mit den Stimmen der SPD, Grüne/GAL und der CDU schon abgelehnt. Wir sehen auch heute keinen Grund anzunehmen, dass Bergkamen mehr als andere Städte in der Nachbarschaft mit Feinstaub belastet ist. Sollte es andere Entwicklungen geben, sind wir davon überzeugt, dass wir aus dem Haushalt heraus das finanzieren können.

Wie ernsthaft und seriös dieser Antrag den **Höchstbetrag für Kassenkredite für die Jahre 2012 und 2013 jeweils auf 60 Mio. Euro** festzulegen ist, zeigt immer wieder das Abstimmungsverhalten von BergAuf – auch heute wieder!!

Zugegeben – im §5 der Haushaltssatzung spielt Musik, da komme ich zum Schluss noch einmal drauf zurück. Aber einfach die Liquiditätsobergrenze von 80 Mio. auf 60 Mio. Euro herunterzusetzen, geht schlicht und einfach nicht. Es fehlt uns ein seriöser Vorschlag, wie wir dann in der Lage sein sollten, unsere pflichtgemäßen Aufträge zu erfüllen. Das geht nur über Sparen, d.h. Aufwendungen zu vermindern – da ist BergAuf ja gar nicht für (s. die anderen Anträge) oder Erträge zu erhöhen – sprich Steuern und Gebühren – da ist BergAuf auch nicht für. „Gegen alles“ verursacht eben diese Geisterfahrt!

Eine weitere Station dieser Fahrt ist der **Antrag mit Forderungen an die Landesregierung**. Auch dieses ist unseriös, unpraktikabel und populistisch. Bei dem Thema „Niederschlagung von Schulden und Zinslasten“ bin ich „amüsiert pessimistisch“ ob das die Banken so mitmachen.

Die nächste Station dieser Geisterfahrt (vorerst!!) ist **der Antrag die Ansätze für Personalaufwendungen im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu erhöhen und städtische Räume bereit zustellen sowie eine zusätzliche Sozialarbeiterstelle einzurichten**.

Auch dieser Antrag entstammt einem fachlich nicht begründeten Wunschkonzert. Zum einen existieren in Bergkamen in der Kinder- und Jugendarbeit in städtischen und kirchlichen Einrichtungen 5 „offene Türen“. Nirgendwo besteht ein Konsumzwang. Daneben gibt es eine ganze Reihe von konkreten Angeboten für Kinder und Jugendliche in den städt. Einrichtungen, die frei genutzt werden können. Die Vorstellung der Fraktion BergAuf in der Begründung des Antrages, die Umsetzung des Antrages würde später Millionen einsparen, weil die Betroffenen dann nicht mehr an den Alltagsaufgaben scheitern und deswegen nicht in Heimen untergebracht werden müssten, ist absurd. An einer solchen einzelnen Einrichtung kann man derartige Konsequenzen wirklich nicht festmachen. Fast noch wichtiger ist die Tatsache, dass das Jugendamt wie mehrfach von mir erwähnt, ohnehin die Aktualisierung des Kinder- und Jugendförderplanes der Stadt Bergkamen vorbereitet. Dieser soll im Frühjahr 2012 vorgestellt und sodann nach Vorschlag unserer Fraktion in die Wahlperiode des Rates eingetaktet werden. In diesem Kinder- und Jugendförderplan werden alle Aspekte der Jugendpflege, der offenen Jugendarbeit, die städt. Freizeiteinrichtungen, die Jugendsozialarbeit usw. abgebildet werden, und zwar unter Einbeziehung der Vorgaben des HSK .

Auch dieser Antrag der BergAuf-Fraktion liegt fachlich neben der Sache. Die Gesamtbetrachtung zur

Jugendarbeit in Bergkamen können die Fraktionen und die Gremien im Frühjahr 2012 fachlich qualifiziert beraten auf der Grundlage umfangreicher Daten und Darstellungen.

Zum Schluss drängt sich trotz aller auch positiven Aspekte die Frage auf, wo liegen die Risiken dieses Haushaltes.

Neben der allgemeinen Kostensteigerung, die Investitionen verteuern, neben der Gefahr für einen weiteren Anstieg der Soziallasten ist das vor allem der Bereich des Zinssatzänderungsrisikos.

Basel III - lautet das aktuelle Schlagwort für die neuen Kapitalregeln, die in den kommenden Jahren schrittweise in Kraft treten werden. Kurz gesagt, bedeutet das, dass auch für Kommunalkredite von den Banken, anders als bisher, Eigenkapital hinterlegt werden muss. Dazu kommt die gegenwärtige Finanzmarktkrise, die auch auf die Zinsen für Kommunalkredite durchschlagen kann. So rechnet schon jetzt der Großteil der Kämmerer mit schlechteren Konditionen als bisher.

Viele Banken sind schon jetzt sehr zurückhaltend und denken darüber nach, ob sie das margenschwache Kreditgeschäft nicht einschränken oder ganz aufgeben sollten. So kann unter den Städten und Gemeinden ein Wettbewerb um's Geld entstehen, der die Zinsen höher treiben kann.

Nehmen wir als Erstes `mal den „Fond Deutscher Einheit“, mit 29 Mio. € von 1991 bis 2016 über Kassenkredite finanziert. Gehen die Zinsen um 1% in die Höhe ist das eine fiktive Steigerung des Zinsaufwandes von 290 000 €!

Sehen wir uns zum Schluss den § 5 der Haushaltssatzung an, stellen wir eine immense Steigerung des „Höchstbetrags der Kassenkredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen“ fest. Diese Ausweitung der möglichen Kassenkredite sehen wir bei allen Kommunen – also das Risiko der Zinssteigerung steigt.

Da diese Beträge kurze Laufzeiten haben, stehen da auch keine langfristigen Zinsbindungen dahinter. D.h. das Zinssatzänderungsrisiko steigt und ist nicht beeinflussbar sondern abhängig von Veränderungen am Kapitalmarkt.

Der § 5 nennt für 2012 = 80 Mio € als Höchstbetrag – bei wiederum 1% Zinsänderung kämen dann Zinsmehraufwendungen von 800 000 € auf uns zu! Bei einem Zinssatz von 4 % wären das 3,2 Mio. nur für kurzfristige Kassenkredite.

Im worst case gingen an unserer Weihnachtslichterkette zwar nicht alle Lichter aus – aber es würde merklich dunkler.

So ist es wie in ganz Europa. Langfristig hilft nur eine konsequente Konsolidierungspolitik, die uns mit diesem HH vorgegeben ist – wir akzeptieren dies` und so ist in unserem diesjährigen Adventskalender keine teure Schokolade, sondern Bildchen an denen man auch seine Freude hat.

Das heißt Erträge müssen gestaltet werden und Aufwendungen reduziert. Im Klartext heißt das: Sparen ist angesagt. Sparen auf allen Ebenen – auch in der Politik. Nachdem wir das ja schon durch die Verkleinerung des Rates, durch die Zusammenlegung von Ausschüssen und die Deckelung des Ansatzes für Fraktionszuwendungen gemacht haben, ist Politik auch in Zukunft gefordert, spürbare Beiträge dazu zu leisten.

Herr BM , liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne

Die SPD-Fraktion geht mit Optimismus in diese Haushaltsplanperiode. Dazu frei nach Peter Neururer als Trainer von Kickers Offenbach:

„Das Gefühl ist eigentlich das Gleiche wie vorher, mit dem Unterschied, dass wir aus dieser riesigen Minimalchance, die kleiner nicht sein konnte, eine kleinere gemacht haben, die größer geworden ist.“

Zum Schluss lassen Sie mich der Verwaltung meinen ausdrücklichen Dank sagen. Ich sage nicht nur ein Dankeschön für dieses Zahlenwerk, sondern auch für die Ideen, die dahinter stecken und für die Aufnahme von Ideen unserer Fraktion, die wir wiederfinden auch in diesem Haushaltsplan.

Für die SPD-Fraktion darf ich dem Kämmerer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Verwaltung, wieder einmal den großen Dank aussprechen für die qualifizierte Arbeit, die Sie uns vorgelegt haben.

Ein Dankeschön auch für die Einbeziehung bei Vorberatungen und für die fachliche Begleitung bei den Sitzungen unserer Fraktion.

Die SPD-Fraktion wird dem Doppelhaushalt 2012/ 2013 mit dem dazugehörigen Haushaltsicherungskonzept dem Arbeitsverteilungs- und Stellenplan und den anderen Anlagen zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!